

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 6, 2026

Allgemeine Lage

1. Bayern: „Gemeinsame Erklärung“ des „Dialogforums Religion und Integration“ vorgestellt

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann (CSU) hat zusammen mit den Religionsgemeinschaften eine „Gemeinsame Erklärung“ des Dialogforums Religion und Integration vorgestellt.

Die Erklärung sei ein „herausragendes Signal für friedliches und konstruktives Miteinander der Kulturen, Demokratie, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“, teilte das Innenministerium mit. Alle Beteiligten seien sich „über die herausragende Bedeutung des interreligiösen Dialogs für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt einig“. Man

habe sich deshalb darauf verständigt, dies „gemeinsam nach außen hin zu dokumentieren“.

„Der heutige Anlass ist ein Meilenstein in der Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Dialogforums und bedeutet mir auch persönlich sehr viel“, sagte Herrmann. „Ich danke daher allen, die sich an unseren Diskussionen, an der Formulierung der Erklärung und auf der Suche nach verbindenden Worten so engagiert beteiligt haben.“

Das Dialogforum biete „Vertreterinnen und Vertretern von Religionsgemeinschaften, Hochschulen, Institutionen des interreligiösen Dialogs sowie Verwaltung und Politik eine Begegnungsplattform, die Kommunikation auf Augenhöhe ermögliche und in der ein ehrlicher und konstruktiver Dialog gepflegt werde“, hieß es weiter. Der interreligiöse Dialog leiste einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in der immer vielfältiger werdenden Gesellschaft. „Religiöse Toleranz, gegenseitiges Verständnis, Respekt und offene, konstruktive Kommunikation sind Grundvoraussetzungen für ein harmonisches und gelingendes Zusammenleben, für das die Religionsgemeinschaften in unserem Land eine wichtige Bedeutung haben“, so Herrmann.

Unterzeichnet wurde die Erklärung unter anderem von Christian Kopp, Landesbischof der

Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Bertram Meier, Bischof von Augsburg und Vorsitzender der „Unterkommission Interreligiöser Dialog“ der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Schuster, Präsident des Landesverbands Israelitischer Kultusgemeinden in Bayern, Mohamed Abu El Qomsan, Vorsitzender des Landesverbands Bayern des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Serpil Saglam, Vorstand der Alevitischen Gemeinde Deutschland Landesvertretung Bayern ([mehr](#)).

Dokumentation

Gemeinsame Erklärung des bayerischen „Dialogforums Religion und Integration“

Auf Initiative des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Sport und Integration haben sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im „Dialogforum Religion und Integration“ ausgetauscht. Im Bewusstsein der Bedeutung des Dialogs der Religionen für ein gelingendes Miteinander, für Frieden, Verständnis und Zusammenhalt erklären sie Folgendes:

1. Wir sind der Überzeugung, dass den Religionen eine Schlüsselrolle für ein friedliches Miteinander auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung zukommt.

Denn sie tragen bedeutende Werte wie Menschenwürde und Solidarität in unsere Gesellschaft und haben das Potential zu verbinden, zu integrieren und zu versöhnen.

2. Wir bekennen unseren Glauben auf unterschiedliche Weise. Unser gemeinsames Ziel ist jedoch, friedlich, frei und sicher in Bayern auf der Basis gemeinsamer Werte, wie Menschenwürde, Demokratie und Gleichberechtigung, zusammenzuleben. Die Sicherheit von Gotteshäusern und Gebetsstätten, religiösen Einrichtungen und Symbolen als Orte und Zeichen des Gebets, des Friedens und des Dialogs ist unser gemeinsames Anliegen.

3. Wir erklären uns bereit, auch in schwierigen Zeiten und bei kontroversen Standpunkten für dieses Ziel im konstruktiven Austausch zu bleiben. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Menschen sich über die Grenzen der Religionen hinweg gegenseitig zuhören, wertschätzend miteinander sprechen und unterschiedliche Perspektiven und religiöse und kulturelle Traditionen respektieren. Wir wollen Räume für konstruktive Begegnungen schaffen, in denen wir Wissen vermitteln und voneinander lernen.

4. Wir arbeiten auf allen Ebenen unserer Organisationen daran, das Wissen übereinander und den gegenseitigen Respekt, insbesondere durch Begegnungen, Vernetzung und Dialog, zu

fördern und so Religionsfreiheit und Integration zu stärken.

5. Wir setzen uns gemeinsam für Respekt und Toleranz ein und gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung. Wir bekämpfen extremistische Ideologien, religiösen Fundamentalismus sowie Hass und Hetze ([hier](#)).

2. Papst schließt die „Piusbrüder“ aus der katholischen Kirche aus

Papst Leo hat die „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ aus der römisch-katholischen Kirche ausgeschlossen. Durch eine „Bischofsweihe von vier Priestern ohne päpstliches Mandat und gegen den Willen des Papstes“ hätten sie sich selbst exkommuniziert, teilte der Vatikan mit. Alfonso de Galarreta und Bernard Fellay sowie die neu-geweihten „Bischöfe“ Pascal Schreiber, Michael Goldade, Michel Poinciset de Sivry und Marc Hanappier hätten „eine Handlung schismatischer Natur“ vollzogen, so das Dekret des Präfekten des Dikasteriums für die Glaubenslehre, Kardinal Víctor Manuel Fernández. Der Heilige Stuhl reagiert mit dieser Entscheidung auf die aus seiner Sicht illegale „Bischofsweihe“ der Piusbrüder im schweizerischen Écône am 1. Juli ([mehr](#)).

Seit den Zeiten von Papst Paul VI. habe man zahlreiche Versuche unternommen, „die Anhänger der von Erzbischof Marcel Lefebvre ins Leben gerufenen Bewegung wieder in die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche zu führen“. All das habe sich als vergeblich erwiesen. Durch die jüngsten Bischofsweihen habe sich das Problem „weiter verschärft.“ Daher halte man es für notwendig, „darauf hinzuweisen, dass diese Handlung den Straftatbestand des Schismas erfüllt, mit den entsprechenden kanonischen Konsequenzen für die betroffenen Weiheträger und Laien.“ Dies gelte nicht nur für die „Bischöfe“, sondern auch für diejenigen „Laien-gläubigen“, „die sich formell der Priesterbruderschaft St. Pius X. unter den Bedingungen anschließen, die in der Erläuterung des Päpstlichen Rates für Gesetzestexte aus dem Jahr 1996 festgelegt sind.“ Alle Katholiken ermahne man, „sich der Teilnahme an den von der oben genannten ‚Priesterbruderschaft St. Pius X.‘ organisierten Feiern und Aktivitäten zu enthalten“ ([mehr](#)).

Weltweit gehören nach Angaben der Gemeinschaft mehr als 700 Priester der ultrakonservativen Piusbruderschaft an. Sie lehnt viele der Entwicklungen ab, die die katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil

(1962–1965) geprägt haben. Das Konzil veränderte unter anderem ihre Beziehung zu anderen Christen, Juden und Muslimen (Erklärung „nostra aetate“, 1965, [hier](#)).

3. Was sonst noch war

- Organisation „Claim“ verzeichnet neuen Höchststand an antimuslimischen Vorfällen ([mehr](#))
- München/Augsburg: Plan für Anschlag auf Synagoge: 15-jähriger IS-Sympathisant angeklagt ([mehr](#)).

Hannover, den 22.7.2026

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelische Agentur,
Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, wolfgang.reinbold@evlka.de, 0511–1241-972, www.evangelische-agentur.de
ISSN 2191-6772